

Oliver Jahraus

Ins finstere Herz der Präsidentschaft: wo Demokratie und Totalitarismus ununterscheidbar werden. Zum Ende der vierten Staffel von *House of Cards*

Abstract:

Der Beitrag versucht einige der Bezüge (Volkssouveränität, totaler Krieg, Staatsterrorismus) in den programmatischen Äußerungen der Figur des US-Präsidenten Frank Underwood am Ende der letzten Folge der vierten Staffel in der Serie House of Cards aufzudecken. Die politischen Implikationen, die sich daraus ableiten lassen, lassen die Serie als einen neuen medialen Ausdruck von moderner, aber auch hochproblematischer politischer Theorie verstehen, denn hier wird der Zusammenfall von parlamentarischer Demokratie mit ihrem Gegenteil, dem Totalitarismus in Gestalt einer attraktiven Spielhandlung vorgeführt.

Es gehört zu den dramaturgischen Regeln, dass eine Serie gerade am Ende einer Staffel einen besonderen Cliffhanger platzieren muss, um die ZuschauerInnen auf die nächste Staffel neugierig zu machen. Das ist der Serie *House of Cards* mit dem Ende ihrer vierten Staffel auf eine geradezu atemberaubende Art und Weise gelungen. Dass im Netz in den entsprechenden Foren vom ‚epic ending‘ die Rede ist, ist daher keineswegs untertrieben, dürfen wir doch von einer fünften Staffel erwarten, dass die Präsidentschaft von Frank Underwood nunmehr in eine neue – fast möchte man hinzufügen: weltgeschichtliche – Phase eintritt.

Dieser Cliffhanger, das allein ist schon bemerkenswert, ist nicht nur auf der Handlungsebene angesiedelt, sondern vor allem auf der Ebene jener impliziten konzeptionellen politischen Diskussion, die die Serie von Anfang an wie ein *basso continuo* begleitet. War die dritte Staffel vor allem beherrscht von den psychischen Spannungen innerhalb der Ehe der Underwoods, so dass das politische Drama eher als Makrofolge von *Ehen vor Gericht* inszeniert war und die große Politik kammerstückartig in die *Zimmerschlacht* des bürgerlichen

Schlafzimmers verlagert wurde, stehen in der vierten Staffel wieder die großen Fragen der Politik auf der Tagesordnung. Aber welche?

Dass man in der feuilletonistischen Begleitung der Serie tausendfach Underwood als machtgierigen Machiavellisten bezeichnet hat, macht diese Aussage nicht ergiebiger. Man hätte, wenn schon Machiavelli, weniger seinen *Il Principe* konsultieren sollen, als vielmehr die *Discorsi*, wo man fündig wird, wenn es um Fragen nach dem prekären, aber immerhin vorhandenen Verhältnis von Politik und Moral geht. Doch diese großen Fragen der Politik wird man ohnehin weniger mit Machiavelli, auch nicht durch einen Vergleich mit Donald Trump (der ohnehin nur sehr eingeschränkt funktionieren kann), aufdecken. Heuristisch viel interessanter sind die Ideen zur Souveränität und ihrer paradoxalen Struktur, wie sie ein Carl Schmitt (in seiner *Politischen Theologie*), ein Walter Benjamin (in seinem Aufsatz *Zur Kritik der Gewalt*) oder ein Giorgio Agamben (mit seinem *Homo sacer*-Projekt) angestellt haben.

Die berühmte Definition von Carl Schmitt in seiner *Politischen Theologie* aus dem Jahr 1922 – „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“ – wird in der Serie als Handlungsprinzip umgesetzt. So kann man zeigen, wie Frank Underwood ein Ausnahmepolitiker ist – im Sinne eines Ausnahmezustandes, den die parlamentarische Demokratie so gar nicht mehr kennt und kennen darf, weil sie jede Ausnahme selbst noch einmal prozedural einholen können muss, was den Ausnahmecharakter der Ausnahme tilgt. Denn die parlamentarische Demokratie setzt Souveränität nur in dem Maße voraus, wie sie sie zugleich auch bannen und prozessual entschärfen kann. Die Figur Underwood kann so als Funktion durchschaut werden, die darin besteht, die demokratische Ordnung in einem fiktionalen, aber realistisch wiedererkennbaren Setting des politisch-präsidentialen-parlamentarischen Systems der USA soweit zu übertreten, dass die Übertretung ihrerseits wiederum stabilisierend für dieses Konzept von Präsidentschaft wirkt. Damit wird die Frage aufgeworfen, wie Demokratie überhaupt noch möglich ist. Es wird die Frage aufgeworfen, wie Souveränität unter demokratischen Vorzeichen überhaupt noch zu denken ist, oder, andersherum gewen-

det: welche Form von Souveränität sich in einer Demokratie verwirklichen kann.

All diese Fragen werden in der letzten Folge der vierten Staffel, ja, in ihren letzten Minuten auf die Spitze getrieben. Die Motivation der zugrunde liegenden Handlungslogik ist auf der Handlungsebene relativ einfach. Zur Erinnerung: Underwood befindet sich im Wahlkampf, sein junger republikanischer Herausforderer, Governor Conway, hat viele Trümpfe auf seiner Seite: er ist Veteran und kann, persönlich beglaubigt, ein wieder erstarktes Amerika fordern. Underwood hingegen ist nicht durch Wahl, sondern als nachrückender Vizepräsident Präsident geworden; er hat also ein erhebliches Legitimationsdefizit in seiner nun zweijährigen Präsidentschaft. Schon im Zuge des Wahlkampfs versuchen beide Herausforderer, das Gesetz des Handelns in die eigene Hand zu bekommen. So muss Underwood, um Stärke zu beweisen, entschieden gegen Terroristen vorgehen, die ICO genannt und dem IS nachgebildet werden. Und tatsächlich schafft er es, deren Anführer gefangen nehmen zu lassen. Doch dieses Vorgehen provoziert eine terroristische Entführung im eigenen Land und untergräbt seine Profilierung als starker Präsident. In dieser Krisensituation zwingen die Terroristen Underwood und Conway zur Zusammenarbeit. Am Ende überschlagen sich die Ereignisse. Underwood zeigt Stärke, erwirkt die Freilassung von Mutter und Tochter der entführten Familie. Zudem wird Conway einer öffentlichen Falschaussage überführt. Das Rennen scheint für Underwood gelaufen – mit positivem Ausgang. Doch auch er erlebt einen Doppelschlag. Der Journalist Tom Hammerschmidt veröffentlicht einen Artikel, in dem er frühere Mitstreiter, auch den Ex-Präsidenten, zitiert. Die Zitate machen die ungesetzlichen Machenschaften deutlich, mit denen Underwood an die Macht gekommen ist. Zudem kommt hinzu, dass die Entführer dem Familienvater, der in ihrer Gewalt geblieben ist, vor laufender Kamera die Kehle durchschneiden. Die Exekutive mit Polizeibehörden und Geheimdiensten hat es nicht geschafft, die Geisel zu befreien.

Für einen kurzen Moment scheint es so, als hätten sich beide Gegner im Kampf um die Präsidentschaft wechselseitig erledigt. Underwood droht zu resignieren. Er empfindet seine Niederlage und

weiß zunächst nicht, wie er aus dieser Situation noch einmal als Sieger hervorgehen soll. Doch dann reißt er das Ruder herum. Er versteht es, die fehlgeschlagene Geiselbefreiung, den drohenden Verlust des Wahlkampfes in unübertroffener Kaltschnäuzigkeit doch noch zu seinem Vorteil zu wenden und gleichzeitig vom Hammer-schmidt-Artikel abzulenken. Es ist Claire, die ihn darauf aufmerksam macht, dass nunmehr die Zeit gekommen sei, nicht mit dem Erfolg, der Wohlfahrt Politik zu machen, sondern mit ihrem Gegenteil: der Furcht (*fear*). Das ist die zündende Idee, die Furcht vor Terrorismus, dem er nun seinerseits den Krieg erklärt.

So besonders innovativ ist das nicht für einen Machthaber. Schon immer war es ein probates Mittel von Machthabern, den äußeren Konflikt zu provozieren, um von internen Problemen abzulenken. So handelt auch Underwood. Und nun wird entscheidend, wie das eingeführt, vorgestellt und begründet wird. Solche Figurenrede muss man sich sehr genau zu Gemüte führen, weil in ihr implizit eine politische Diskussion zum Ausdruck kommt, die es in sich hat und die einem, erkennt man erst einmal die Bezüge, in der Tat den Atem stocken lässt.

Präsident Underwood hält eine Rede an die Nation. Man sieht die Vorbereitungen im Oval Office, die Fernsehkamera wird installiert, doch als er dann spricht, wendet er sich im internen Rahmen der fiktionalen Welt an das amerikanische Volk, im externen Rahmen der Serie allerdings wiederum in einer parabatistischen Struktur an uns ZuschauerInnen. Ich darf, was er sagt, transkribiert in Gänze wiedergeben, um den Kontext und den Zusammenhang der Stichworte deutlich zu machen:

My fellow Americans, over the past two years – certainly within the last several days and hours – I have asked myself, „What does it mean to be president? What does true leadership look like?“ It’s a question many of you have asked yourselves as November approaches. Right now, as I sit in this chair, in this office, where so many of my predecessors have steered our nation through turbulent times, I realize that this job is one that transcends politics and rhetoric. Entrusted to

anyone who sits behind this desk is something far more elemental, the very survival of our nation. And I, as your president, must confront the storm before us. That storm is terror. More dangerous and unpredictable than any hurricane. It has endangered us abroad. It has endangered us at home. And right now, it has placed James Miller in the gravest of dangers.

We attempted to communicate with his captors. We hoped for a peaceful solution. We're relieved that Caroline and Melissa Miller are safe and sound. But terror is blind to reason. Given the opportunity to renounce terror, Yusuf Al Ahmadi chose to encourage it. So, unfortunately, we must now move beyond reason. We must respond with force. Because there is no scenario in which we will release him. He will remain in United States custody until his dying breath. If the captors call again, we will not answer. The time for conversation is over, no matter the consequences. Regardless of whether James Miller is released or not, rescued or not, killed or not, ICO will be destroyed.

We are at war. It will be a war more total than anything we have waged thus far in the fight against extremism. Soldiers will die. Civilians may die. There will be pain. There will be suffering. We will be confronted with the most horrific aspects of humanity. We will confront the inhuman. Evil itself. But we will triumph. It is not a war we will lose. And if the worst happens to James Miller, we must remember, to mourn is not to fear. To grieve is not to admit defeat. God bless America, and all of those who believe in freedom and democracy.

Dass die Frage nach der Führerschaft explizit gestellt wird, verweist bereits auf die Grundfrage nach der Möglichkeit von Herrschaft und Macht unter den Vorzeichen einer parlamentarischen Demokratie, die diese Elemente prozessual auflöst und funktional einbindet. Die Frage nach der Präsidentschaft und nach dem Führungscharakter des Präsidenten verbleibt dabei nicht auf der Ebene eines psychologischen Typus, sondern wird ins Grundsätzliche gewendet und als Frage nach der Möglichkeit von Souveränität reformuliert. Wenn

man so will, argumentiert Underwood nur auf der Oberfläche für eine verschärfte Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. Mit der uns bekannten Vorgeschichte wissen wir bereits, dass es um mehr geht, nämlich um die Frage, wie sich die Illegitimität von Herrschaft ihrerseits legitimieren lässt, wie sich also Souveränität, die nur absolut gedacht werden kann, verwirklichen lässt. Um es in seinen und meinen Worten zu sagen: Souveränität „transcends politics and rhetoric“.

Was dabei auch transzendiert wird, das sind die aufklärerischen Gründe der Demokratie. Souveränität ist weder rational noch irrational, sie liegt jenseits der Rationalität und aller rationellen Verfahrenstechnik, die man in eine demokratische Verfassung gießen kann. Was Underwood vorschlägt, hört sich auf der Oberfläche so an, als wolle er gegen einen irrationalen Terrorismus nun seinerseits irrational vorgehen. Doch weit gefehlt; er schlägt vor, auf den Grund der Souveränität zurückgehen: „But terror is blind to reason. Given the opportunity to renounce terror, Yusuf Al Ahmadi chose to encourage it. So, unfortunately, we must now move beyond reason.“ Beyond reason – das ist der Ort der Souveränität, die deswegen, betrachtet unter rationalen Vorzeichen, eben immer nur paradoxal erscheinen kann.

Souveränität wurde daher zum ersten Mal in einer aufgeklärten Philosophie reflektiert, und ebenso ist die Demokratie, wie wir sie heute verstehen, ein Produkt der Aufklärung. Das zeigt sich an den westlichen Verfassungen mit ihrem Verständnis von Menschen, vom Staat, vom Recht, von der Gewalt und der Macht und der Gewaltenteilung. Was Underwood uns vorführt, ist also nichts anderes als der Nachweis, dass all diese aufklärerischen Ideen einen paradoxalen Grund haben – paradoxal deswegen, weil die Extreme zusammenfallen.

Das herausragende Beispiel, das rhetorisch als logische Konsequenz seiner Situationsanalyse daherkommt, ist *der totale Krieg*. Dieses Konzept ist auf engste mit der Radikalisierung der nationalsozialistischen Kriegsführung und mit Goebbels berühmt-berüchtigter Sportpalastrede vom 18. Februar 1943 verknüpft. Doch Goebbels

hat dieses Konzept nicht erfunden. Zunächst gilt es sich vor Augen zu führen, dass es eine Neuerung in der Kriegsführung bezeichnet, in der der Unterschied zwischen regulären Truppen und irregulären Kräften in einem Krieg nivelliert wird. Das heißt, dass in einem totalen Krieg jeder und alles zur Kriegspartei werden und zur Kriegsmaschine gehören kann. Sein markantester Ausdruck ist der Partisan, dessen Theorie abermals Carl Schmitt in seinen späteren Jahren geliefert hat. Der totale Krieg ist historisch gesehen eine Erfindung im Kontext der Befreiungskriege, als zum Beispiel deutsche Autoren wie Kleist oder preußische Offiziere wie Gneisenau oder Scharnhorst ihrem König vorgeschlagen haben, sich aus der napoleonisch-französischen Hegemonie zu befreien, indem man die Armee, die seit der Schlacht von Jena und Auerstedt 1806 ohnehin dezimiert war, grundlegend reformiert und mit einer Erhebung des Volkes ergänzt. Eine solche Mobilisierung von Massen (*levée en masse*) hatte man schon in den militärischen Auseinandersetzungen der französischen Revolution erwogen. Für einen preußischen König klang dies zu jener Zeit noch so revolutionär, dass er es bestenfalls ‚als Poesie gut‘ finden wollte. Denn einer Armee konnte man befehlen, aber einem Volk...? Soweit also war unter monarchistischen Vorzeichen die Idee der Souveränität noch nicht entwickelt, dass sie zu einer Volkssouveränität geworden wäre. Souverän war immer noch der König, und was als Ausnahmezustand zu gelten hatte, fand seine engen Grenzen in der beschränkten politischen Phantasie des Monarchen. Da war Kleist schon wesentlich weiter. Er spürte, wie berechtigt die Frage des Königs nach der Kontrolle der Volkssouveränität war, und gab die entsprechende Antwort. Um sicherzustellen, dass sich die Gewalt, die vom Volke ausgeht, nicht gegen das Volk und seine eigene Regierung wendet, muss man nicht mehr auf Kontrolle setzen, weil das Prinzip der Volkssouveränität gerade Kontrollverlust als Gewaltstrategie impliziert. Die Richtung des Volkes wird vielmehr vorgegeben durch eine Mobilisierung der Seele, heute würde man sagen: durch Fanatisierung. Und nichts anderes betreibt Goebbels mit seiner Sportpalastrede. Der Hinweis auf die französische Revolution macht allerdings schon deutlich, wes Geistes Kind die Idee des totalen Kriegs war; auch sie war ein Objekt der Aufklärung, die die Idee einer monarchischen Souveränität nachhaltig un-

tergraben hatte. Man kann sagen, dass die Ideen von Demokratie und totalem Krieg dieselben Wurzeln haben.

Welche Dimensionen das haben kann, kann man sich vergegenwärtigen, wenn man die Armee im Sinne von Clausewitz als politisches Instrument betrachtet. Ein solches Instrument kann eingesetzt werden, wenn es politisch opportun ist. Demgegenüber ist die Entscheidung zu einem totalen Krieg die souveräne Entscheidung par excellence. Das spiegelt sich auch in der Legitimation wieder. Der totale Krieg ist eine Sache des Volkes, aber nicht im Sinne einer parlamentarischen Demokratie. Im Gegenteil: Die Idee einer Volkssouveränität, die sich hier Bahn bricht, negiert eine solche Vorstellung von Demokratie grundlegend. Sie ist radikal und zugleich radikale Demokratie, weil das Volk selbst, das nur nominell als Souverän in den westlichen Verfassungen auftritt, diese Entscheidung selbst in die Hand nimmt. So jedenfalls die Phantasie ihrer Vordenker. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Inszenierung von Goebbels Sportpalastrede besondere Brisanz, weil die Frage, die er stellt: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ genau diese Idee einer radikalen Demokratie simuliert. Er fragt ausdrücklich: „Was hier vor mir sitzt, ist ein Ausschnitt aus dem ganzen deutschen Volk an der Front und in der Heimat. Stimmt das?“ Nachdem er sich auf diese Weise seine Scheinlegitimation geholt hat, stellt er weitere zehn Fragen, von denen die vierte, die eben zitierte, die entscheidende ist. Er hat ja nur die Frage gestellt, das Volk, perfekt ausgewählt und zusammengepfercht, hat die positive Antwort gebrüllt.

Wen wundert es also, dass sich in der Rede des amerikanischen Präsidenten Underwood ein verstecktes Goebbels-Zitat findet; während Goebbels seine Frage noch fortsetzt und formuliert: „Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können?“, spricht Underwood schon im assertorischen Indikativ: „We are at war. It will be a war more total than anything we have waged thus far [...]“. Der Gleichklang der beiden Zitate ist frappierend, auch dann, wenn man in Rechnung stellt, dass der Begriff eines *total war* im Bereich der amerikanischen Geschichte zunächst auf die letzte Radikalisierung des *civil war* bezogen wurde. Das Brisante ist dabei

nicht in erster Linie das verdeckte Goebbels-Zitat, sondern vielmehr der Umstand, dass mit diesem Zitat zugleich die Legitimationsform des totalen Krieges unterschwellig mit inszeniert wird. Denn wer hat denn entschieden, dass „we are at war“? Es ist eine souveräne Entscheidung von Underwood, die nicht durch parlamentarische und mithin durch Verfahrensregeln gedeckt ist. In diesem Moment verwirklicht Underwood eine Volkssouveränität, die nicht mehr durch parlamentarische Regeln legitimiert werden kann. Er hat die Demokratie auf eine Spitze getrieben, in der sie in ihr Gegenteil – jedenfalls in dem Verständnis, das Demokraten heute von der Demokratie haben sollten – umschlägt. Damit aber hat er zugleich die Antwort auf seine eingangs gestellte Frage gegeben. Er ist – eben durch diese Entscheidung – zum *leader*, zum Führer geworden. Dass er als Präsident gewählt werden will, ist damit zur Nebensache geworden, weil für ein solches *leadership* andere Legitimationsmuster gelten.

Demokratie schlägt in ihr Gegenteil, in ihre Negation um und kann nicht mehr von Totalitarismus unterschieden werden. Wer das bis zu diesem Punkt noch nicht verstanden hat, der wird im allerletzten Satz von Underwood in dieser Staffel endgültig belehrt. Angesichts der Ermordung der Geisel, als alle anwesenden Exekutivmitglieder entsetzt den Blick von der Leinwand abwenden, blicken Frank und Claire Underwood starr auf die Leinwand, an deren Stelle aber sich die Kamera befindet, die sie aufnimmt, was bedeutet, dass beide starr auf die ZuschauerInnen, auf uns blicken. In dieser Situation sagt Underwood jenen Satz, der die vierte Staffel beschließt: „We don't submit to terror. We make the terror.“ Im Kampf gegen den Terror ist der Staat zum Terroristen geworden. Wie auch anders? Wenn der totale Krieg den Unterschied zwischen Militär und Volk kassiert, dann kassiert der Krieg gegen den Terrorismus auch den Unterschied zwischen Krieg und Terrorabwehr oder Verbrechensbekämpfung, zwischen Heimatschutz und Fanatisierung der Heimat.

Auch das ist keine Erfindung der Serie oder moderner Terrorabwehrgesetzgebung, sondern gleichermaßen ein Produkt der französischen Revolution. Auch die Revolutionäre waren angetreten, die monarchistische Terrorherrschaft, wie sie sie bezeichneten, zu ver-

treiben, und entdecken in der unmenschlichen Logik der Eskalation der Revolution den Staatsterror als jenes Mittel, das am besten, ja das einzig geeignet wäre, die Revolution zu vollenden: „Das Laster muss bestraft werden, die Tugend muss durch den Schrecken herrschen“, heißt es in Büchners *Dantons Tod*. Und in Peter Weiss' Drama *Marat/Sade* sagt Marat: „Einmal dachten wir daß ein paar hundert Tote genügten/dann sahen wir daß tausende noch zu wenig waren und heute sind sie nicht mehr zu zählen“.

Das entspricht nicht nur einer Logik der Gewalt, sondern noch viel mehr der Logik der Ununterscheidbarkeit, der Nivellierung aller Unterschiede. In der absoluten Souveränität ist jedes politische Phänomen mit seinem Gegenteil, mit seiner Negation identisch: Demokratie/Totalitarismus, Terrorabwehr/Terror, Herrschaft/Revolution. Das Emblem, das die Serie schon zur ersten Staffel gewählt hat, z.B. auf der DVD/Blu-Ray-Edition, ist der Präsidententhron im Lincoln Memorial. Doch statt des marmornen Lincoln sitzt der reale Underwood auf dem Thron. Er krallt sich an diesem Sitz fest, aber von seinen Händen tropft Blut. Das Blut wiederum macht darauf aufmerksam, um welchen Sitz es sich handelt: seine Lehnen werden gebildet von Rutenbündeln, den *fascies*, die dem Faschismus seinen Namen gegeben haben. Hier sitzt ein faschistischer Führer.

Schon zuvor wurde in der letzten Folge der Staffel der Terror mit dem Horror in Verbindung gebracht – und damit sind wir endlich im finsternen Herzen der Demokratie angelangt, wie es dieser Hinweis auf Joseph Conrads Novelle *The Heart of Darkness* ebenso wie auf Francis Ford Coppolas Film *Apokalypse Now* nahelegt.

Zum Schluss noch dies: Ich unterstelle der Serie keine propagandistische Funktion. Im Gegenteil: Blicken wir dazu noch einmal auf diese Schlusszene mit jenem zitierten markanten Satz. Es ist ein Szenario, wie es Foucault mit Velazquez' *Las meninas* entworfen hat. Die Leinwand ist der Spiegel. Und verlängert man den Blick durch die Leinwand und was sie zeigt, so steht der Zuschauer an der Stelle der Terroristen und ihres Opfers. Ging es schon in Foucaults Velazquez-Interpretation um einen Wechsel in der Position des

Souveräns: der König auf dem Bild wird in der Spiegelachse substituiert durch das Subjekt vor dem Bild, so wird hier der Terror durch die Position der ZuschauerInnen substituiert. Frank Underwood erklärt denjenigen den Krieg, von denen sich seine Souveränität herschreibt, *weil* sie sich von ihnen herschreibt. Beide Perspektiven – die geschilderte Propaganda und der Blickwechsel, in den sie eingesetzt wird – werden darüber hinaus als mediale Inszenierung ausgestellt. So, inklusive der Vereinnahmung der Zuschauerposition, erzählen die Underwoods die Geschichte. Man muss ihnen das nicht glauben, nur weil sie – seit der ersten Publikumsanrede durch Frank Underwood – die Inszenierung der Serie scheinbar auf ihrer Seite haben.

Die Art und Weise, wie die Geschichte von Frank Underwood und seiner Frau Claire erzählt wird, macht deutlich, dass hier ein politisch komplexes, aber in seiner Bedeutung kaum zu unterschätzendes Problempotenzial moderner parlamentarischer Demokratien zur Diskussion angeboten wird – mit einem Reichtum an Anspielungen und Argumentationsfiguren, der so vielleicht nur noch im Medium der Populärkultur zu verwirklichen ist, auch und gerade angesichts der Gefahr, dass gerade dort das Angebot zur Diskussion vielleicht nicht angenommen wird.